



**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

Michael Schneider

Der Generalstreik gegen den Kapp-Lüttwitz-Putsch im März 1920

ARCHIV DER SOZIALEN DEMOKRATIE

Michael Schneider

Der Generalstreik gegen den Kapp-Lüttwitz-Putsch im März 1920

Friedrich-Ebert-Stiftung
Bonn 2021

IMPRESSUM

herausgegeben vom
Archiv der sozialen Demokratie
der Friedrich-Ebert-Stiftung
Godesberger Allee 149
53175 Bonn

Kostenloser Bezug beim Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung: public.history@fes.de

Online recherchierbar unter:
<https://www.fes.de/bibliothek/fes-publikationen>

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung der Herausgeberin nicht gestattet.

© 2021 by Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

Redaktion:

Dr. Peter Beule, Mascha Schlomm

Gestaltung und Satz:

PAPYRUS – Lektorat + Textdesign, Anja Rosenthal, Buxtehude

Umschlag:

Maya Hässig, Köln

Bildnachweis (Umschlag):

Generalstreik gegen den Kapp-Putsch, Menschenmenge auf dem Münchener Bahnhofplatz, 15.03.1920. Quelle: AdsD, Rechte: Rechteinhaber nicht ermittelbar.

ISBN 978-3-96250-850-0

Michael Schneider

Der Generalstreik gegen den Kapp-Lüttwitz-Putsch im März 1920

Vor gut 100 Jahren erschütterte der Kapp-Lüttwitz-Putsch die junge Weimarer Republik. Mit einem mehrtägigen Generalstreik retteten die Gewerkschaften die Demokratie. Was waren die Gründe, was die Folgen von Putsch und Generalstreik?

Nach dem Ersten Weltkrieg: Umkämpfte Republik

Die Novemberrevolution 1918 hatte den Weg zur Weimarer Republik geebnet: Mit dem »Novemberabkommen« 1918 zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern war der erste Schritt zur Anerkennung der Gewerkschaften als berufene Vertreterinnen der Arbeitnehmerschaft getan; und erste soziale Reformen wie der 8-Stunden-Tag waren eingeleitet worden. Die junge Republik gab sich 1919 eine freiheitliche Verfassung, in Berlin regierte seit Juni 1919 eine Regierung der »Weimarer Koalition« von SPD, Zentrumspartei und Deutscher Demokratischer Partei (DDP) unter Führung des Sozialdemokraten Gustav Bauer, und mit Friedrich Ebert war ein Sozialdemokrat zum Reichspräsidenten gewählt worden.

Doch gefestigt war die Republik nicht: Arbeitslosigkeit, Not und Elend bestimmten den Alltag vieler Menschen. Die politisch motivierte Gewalt gipfelte in Terrortaten: Zu erinnern ist an die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht im Januar 1919. Streiks waren an der Tagesordnung. Mancherorts kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen. Eine Beruhigung der Lage war nicht in Sicht: Der Versailler Vertrag brachte keinen Frieden – weder in den internationalen Beziehungen noch im Inneren. Und die Reichsverfassung ver-

sprach zwar eine soziale und liberale Demokratie, aber die Verfassungsrealität sah anders aus; Anfang 1920 zeigten die Auseinandersetzungen um das Betriebsrätegesetz die tiefe Spaltung in sozialpolitischen Fragen.

Das alles war Ausdruck einer hochgradigen politischen Polarisierung und Verhetzung: Da war auf der einen Seite die Verbitterung auf der Linken über die aus ihrer Sicht unzureichenden Ergebnisse der Revolution und die Politik der Mehrheitssozialdemokratie, die als »Verräter der Arbeiterklasse« geschmäht wurde. Und auf der anderen Seite wuchsen Verachtung und Hass der »nationalen Rechten«, die sich gegen die »Novemberverbrecher« und »Erfüllungspolitiker«, gegen das »Versailler Schanddiktat« und gegen das ganze »Weimarer System« richtete und schließlich mit einem Putsch zum Sturm auf die junge Republik und deren Repräsentanten blies.

Der Kapp-Lüttwitz-Putsch

Konkreter Anlass für den Putsch vom März 1920 war eine Anordnung des sozialdemokratischen Reichswehrministers Gustav Noske vom 29. Januar 1920: Im Rahmen der Umsetzung der vom Versailler Vertrag bestimmten Reduzierung der Reichswehr sollten die Freikorps und damit auch die nach ihrem Kommandeur Hermann Ehrhardt benannte »Brigade Ehrhardt« aufgelöst werden. Dies zu verhindern und überhaupt die verhasste Regierung der »Weimarer Koalition« zu stürzen, das war das Ziel einer Gruppe von Politikern und Militärs, die sich Anfang 1920 formierte; deren Wortführer waren der ostpreußische Generallandschaftsdirektor

Wolfgang Kapp, General Walther Freiherr von Lüttwitz, der Chef des Truppenamtes Hans von Seeckt und der Offizier Waldemar Pabst, der für die Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts verantwortlich war. Rückhalt fanden die Putschisten vor allem in Kreisen der ostelbischen Großgrundbesitzer, die sie durch die Bereitstellung von Waffen verstecken und Geld unterstützten.

Als sich Anfang März 1920 Gerüchte über einen bevorstehenden Putsch verdichteten und General Lüttwitz, der als einer der Drahtzieher der Putschpläne bekannt war, ultimativ den Verzicht auf die Auflösung der Freikorps verlangte, legten Ebert und Wehrminister Gustav Noske ihm den Rücktritt nahe; dass Lüttwitz, als er sich weigerte zurückzutreten, nicht abgesetzt wurde, zeigte auch in dieser Phase, in den letzten Tagen vor dem Putsch, eine erstaunliche Schwäche der Regierung gegenüber der Reichswehr. Die Rücksichtnahme wurde nicht belohnt: Lüttwitz war es, der die »Brigade Ehrhardt« in der Nacht zu Samstag, dem 13. März 1920, nach Berlin in Marsch setzte. Noske berief daraufhin mit-

ten in der Nacht, kurz vor dem Eintreffen der »Brigade Ehrhardt« in Berlin, eine Kommandeursitzung ein; dort wurde ihm kühl mitgeteilt, dass die in Berlin stationierten Soldaten – getreu der von Seeckt so oder so ähnlich formulierten Devise »Reichswehr schießt nicht auf Reichswehr« – die Regierung nicht schützen würden. Eben nach den Erfahrungen mit dem Vorgehen der Freikorps vom Januar 1919 sahen Reichspräsident Ebert und die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder keine Alternative zur Flucht aus Berlin; noch in der Nacht reisten sie zunächst in das sicher geglaubte Dresden, wo sie aber bald von »Schutzhaft« bedroht wurden, so dass sie weiter nach Stuttgart ziehen mussten. Wenige Stunden später rückten die 5.000 Soldaten der »Brigade Ehrhardt« in Berlin ein und besetzten im Berliner Regierungsviertel Straßenkreuzungen, Zeitungsverlage und vor allem Ministerien. Am Morgen des 13. März ließ sich Kapp zum Reichskanzler ausrufen. Doch nicht nur Berlin war betroffen: Auch in anderen Städten besetzten Freikorps wichtige Verkehrsknotenpunkte.



13. März 1920: Putschisten mit Reichskriegsflagge in Berlin, Quelle: AdSD, Rechte: Rechteinhaber nicht ermittelbar.

Wie konnte es dazu kommen? Offenbar hatten die Putschisten Unterstützer, festgefügte Strukturen und Waffen – und militärische Erfahrung samt Machtwillen. Und offenbar hatten die Vertreter der jungen Republik Angriffslust und Entschlossenheit ihrer Gegner unterschätzt. Das hatte sich schon in der Revolution gezeigt. Gewiss war angesichts der großen Herausforderungen von Kriegsniederlage und Umstellung auf die Friedenswirtschaft eine partielle Zusammenarbeit mit Angehörigen der »alten« Eliten nötig. Aber ging diese Kooperation nicht zu weit?

Natürlich wissen wir nicht, was eine entschiedene revolutionäre Umgestaltung 1918/19 für Folgen gehabt hätte. Was wäre geschehen, wenn die Revolutionsregierung des Rats der Volksbeauftragten und dann die erste Reichsregierung Anfang 1919 republikfeindliche Monarchisten und chauvinistischen Reaktionäre aus ihren Positionen entfernt, Großgrundbesitzer enteignet und die Reichswehr mit den Freikorps aufgelöst und entwaffnet hätte? Wäre schon damals ein allgemeiner Bürgerkrieg mit ungewissem Ausgang die Folge gewesen? Und zu fragen ist: Wäre es ohne den Einsatz von Reichswehr und Freikorps bei der Niederschlagung von revolutionären Aufstandsbewegungen wirklich, wie von vielen befürchtet, zu einer bolschewistischen Diktatur gekommen? Konkrete Antworten wären reine Spekulation. Sicher aber ist: Den Kreisen, aus denen die Putschisten hervorgegangen sind, waren Ressourcen belassen worden, die sie für ihren Kampf gegen die demokratische Republik nutzen konnten. Und ebenfalls sicher ist: Mit seiner Politik hat der Rat der Volksbeauftragten einen Teil seiner eigenen Anhängerschaft zutiefst enttäuscht, eines Teils, der – wie wir heute wissen – keineswegs eine bolschewistische Diktatur hatte aufrichten wollen. Kurz gesagt: Die Führer der Sozialdemokratie haben 1918/19 die Gefahr von rechts unter-, die von links wohl überschätzt.

Der Generalstreik

In einem hatten sich die Führer der Sozialdemokratie freilich im Frühjahr 1920 nicht getäuscht: In der Hoffnung auf die Unterstützung und Kampfbereitschaft der Arbeitnehmerschaft: Als sie am Morgen des 13. März 1920 zum Generalstreik aufriefen, fanden sie am Nachmittag desselben Tages die Unterstützung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) unter Carl Legien und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes (AfA-Bund)

unter Siegfried Aufhäuser. Daraufhin bewiesen große Teile der Arbeitnehmerschaft – von den Arbeitern und Arbeiterinnen über die Angestellten bis zu den Beamten und Beamtinnen – ihre Loyalität zur gestürzten Regierung. Nach anfänglicher Ablehnung wurde der Streik-Aufruf einen Tag später, am 14. März, von der KPD, am 15. März von den Christlichen Gewerkschaften und am 16. März auch vom Deutschen Beamtenbund unterstützt. Deren Anhänger hatten sich bereits ohnehin vielfach am Streik beteiligt – also schon bevor die Aufrufe »ihrer« jeweiligen Organisation dazu erfolgten.



Carl Legien, der Vorsitzende des ADGB (1919), Quelle: AdsD, Rechte: Rechteinhaber nicht ermittelbar.



Siegfried Aufhäuser, der Vorsitzende des AfA-Bundes (1921), Quelle: AdsD, Rechte: AdsD.

Was war der Grund für diese »Aktionseinheit«? Noch waren die Hoffnungen nicht völlig zerstört, die die Revolution geweckt hatte; noch war der Graben zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten nicht unüberbrückbar. Auch bei USPD- und KPD-Anhängern überwog der Wille, den Putschisten in den Arm zu fallen, auch wenn dadurch die nicht akzeptierte, ja vielfach verhasste Regierung der »Weimarer Koalition« gerettet würde. Außerdem hofften wohl viele, nun durch den Generalstreik manche der Ziele der Revolution wie Sozialisierung von Schlüsselindustrien und Großgrundbesitz sowie eine durchgreifende Demokratisierung von Staat und Gesellschaft doch noch erreichen zu können. Und auch im liberalen Bürgertum fanden sich – noch – Befürworter der Republik; deren Zahl

schmolz allerdings bald unter dem Druck der Dauerkrise der Weimarer Republik.

Zunächst, am Sonntag, konzentrierte sich der Generalstreik auf Berlin, ergriff aber dann am Montag das ganze Reich: 12 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer folgten den Aufrufen zum Streik. Der Eisenbahnverkehr ruhte, die Straßenbahnen und Busse blieben im Depot, keine Post wurde zugestellt, keine Telefonvermittlung arbeitete, keine Zeitungen wurden gedruckt, Fabriken und Behörden schlossen. Auch die Beamten des Reichs und Preußens verweigerten den Putschisten die Gefolgschaft; und die Reichsbank lehnte es ab, den Sold für die putschenden Soldaten auszuzahlen. Nur im Osten des Reiches sagten sich die Beamten in nennenswertem Umfang von der gewählten Regierung los.



Der Berliner Potsdamer Platz während des Streiks: Pferdefuhrwerke ersetzen die öffentlichen Verkehrsmittel, Quelle: AdsD, Rechte: AdsD.

Das klingt alles friedlicher als es war. Denn die putschenden Soldaten gingen gegen die Streikenden vor. Zwar bemühte sich Kapp in einem Gespräch mit Legien, diesen durch das Angebot, Gewerkschaftsvertreter an der Putschregierung zu beteiligen, zum Abbruch des Generalstreiks zu bewegen. Doch nach der Ablehnung Legiens ordnete Kapp an, dass Streikführer und Streikposten mit standrechtlicher Erschießung rechnen müssten. Und in der Tat: An mehreren Orten schossen Freikorps-Soldaten auf Demonstrationen und Gruppen von Streikenden.

Doch die Streikenden wichen nicht zurück. Sie sorgten vielmehr dafür, dass die Putschregierung handlungsunfähig war. Nach fünf Tagen Generalstreik – am 17. März 1920 – gaben die Putschisten auf: Kapp floh nach Schweden und Lüttwitz nach Ungarn. Am 18. März zog die »Brigade Ehrhardt« aus dem Berliner Regierungsviertel ab. Als sie mit Gesang und Fahnen am Brandenburger Tor angekommen war, wurde sie von Zuschauern mit Buhrufen bedacht; daraufhin schossen die Soldaten mit Maschinengewehren in die Menge: 12 Tote und 30 Schwerverletzte waren zu beklagen.

Am selben Tag, am 18. März, verständigten sich ADGB, Afa-Bund und Beamtenbund darauf, den Generalstreik fortzusetzen, bis die Voraussetzungen, die den Putsch ermöglicht hatten, beseitigt wären. In einem 9-Punkte-Programm forderten die Freien Gewerkschaften nicht nur die Sozialisierung von Schlüsselbetrieben und die Enteignung von Großagrariern, sondern eine »gründliche Reinigung der gesamten öffentlichen Verwaltungen und Betriebsverwaltungen von allen reaktionären Persönlichkeiten« sowie einen »entscheidenden Einfluß [. . .] auf die Umgestaltung der Regierungen im Reich und in den Ländern« und auf die »Neuregelung der wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetzgebung«. Doch die Front der Gewerkschaften bröckelte: Die Christlichen Gewerkschaften sahen in den Forderungen der Freien den Versuch einer politischen Erpressung, an dem sie sich nicht beteiligen wollten.

Es waren also Führer der Freien Gewerkschaften, die sich am 20. und 21. März zu Verhandlungen mit Regierungsvertretern trafen. Die in diesem Zusammenhang erwogene Bildung einer Arbeiterregierung, geführt vom ADGB-Vorsitzenden Carl Legien, war wohl eher ein Gedankenspiel: Die Idee scheiterte an der Kluft zwischen USPD und MSPD – und an der Weigerung Legiens, das Reichskanzleramt zu übernehmen. Schließlich einigte man sich: Die Gewerkschaften begnügten sich mit der Zusage, dass die Regierung die Forderungen der Gewerkschaften berücksichtigen würde – aber unter Wahrung des Rechts des Parlaments.

Am 23. März wurde daraufhin nach Aufrufen von ADGB und Afa-Bund vom 20. März und von SPD und USPD vom 22. März die Arbeit wieder aufgenommen. Doch damit waren die Kämpfe nicht beendet. Vor allem an der Ruhr versuchten Arbeiter mit Waffengewalt, sozusagen im zweiten Anlauf, die Erfüllung der revolutionären Forderungen zu erkämpfen. Die Unruhen wurden blutig niedergeschlagen.

Die politischen Folgen

Das Kabinett Bauer trat am 26. März zurück. Gebildet wurde erneut eine Koalitionsregierung von SPD, Zentrum und DDP, nun unter Reichskanzler Hermann Müller von der SPD. Unter dem Vorwurf der »Begünstigung der Konterrevolution« wurde Wehrminister Noske zum Rücktritt gezwungen und durch Otto Geßler von der DDP ersetzt; dieser ernannte Seeckt zum neuen Chef der Heeresleitung,

der keine Soldaten gegen die Putschisten hatte einsetzen wollen. Im April 1920 wurde die »Brigade Ehrhardt« aufgelöst und zu großen Teilen in die Reichswehr eingegliedert. Hermann Ehrhardt floh nach München, wo er sicher war, keine strafrechtliche Verfolgung fürchten zu müssen, bevor er später nach Ungarn ging.

Die den Freien Gewerkschaften beim Abbruch des Generalstreiks gegebenen Zusagen wurden in wesentlichen Teilen – was die gewerkschaftliche Einbeziehung in die Regierungsbildung, die Bestrafung der Putschisten, die Sozialisierungspolitik und überhaupt die Sozialpolitik anlangte – nicht eingehalten.

Die Situation veränderte sich vollends zuungunsten der (Freien) Gewerkschaften, als nach den Wahlen vom 6. Juni 1920, bei denen die Stimmzahl der SPD fast halbiert wurde, eine – wie es damals hieß – »bürgerliche« Koalitionsregierung von Zentrum, Deutscher Demokratischer Partei und Deutscher Volkspartei unter Reichskanzler Constantin Fehrenbach von der Zentrumsparterie gebildet wurde, die als Minderheitsregierung arbeitete. Am 2. August 1920 wurde eine Amnestie für die Putschisten beschlossen, von der die Urheber und Führer ausgenommen waren. Nur einer der Putschisten, Traugott von Jagow, Direktor des Pommerschen Landbundes und Innenminister der Putschregierung, wurde unter dem Vorwurf des Hochverrats angeklagt; aber wegen seiner ihm vom Gericht strafmildernd zugute gehaltenen »selbstlosen Vaterlandsliebe« wurde er nur zur Mindeststrafe von fünf Jahren Festungshaft verurteilt. Hier zeigte sich, dass der Vorwurf, die Weimarer Justiz sei eine »Klassenjustiz« gewesen, zu kurz greift; sie war vielmehr, wie sich immer wieder zeigen sollte, in weiten Teilen eine anti-demokratische politische Justiz. Kapp stellte sich nach seiner Rückkehr im April 1922 dem Gericht, starb aber – bevor sein Prozess begonnen hatte – am 12. Juni 1922 in der Untersuchungshaft. Der nach dem Tod Eberts zum Reichspräsidenten gewählte Paul von Hindenburg erließ dann 1925, kaum im Amt, eine Amnestie auch für die Putschführer. Noch bestehende Haftbefehle wurden aufgehoben. Lüttwitz kehrte daraufhin 1925 ins Deutsche Reich zurück, wo er 1942 starb.

Anders als im Reich gab es in Preußen stärkere personalpolitische Konsequenzen: Der Sozialdemokrat Otto Braun, zuvor bei den Großgrundbesitzern höchst unbeliebter Landwirtschaftsminister, wurde Ministerpräsident, Carl Severing wurde Innenminister – beide Befürworter einer »wehr-

haften Demokratie«. Hier waren dann auch die disziplinarischen Maßnahmen in der Beamtenschaft am deutlichsten: drei Oberpräsidenten, drei Regierungspräsidenten und 88 Landräte wurden wegen ihrer Bereitschaft, den Putschisten zu folgen, ihrer Ämter enthoben.

Langfristige Konsequenzen

Die Feinde der demokratischen Republik zogen aus der Niederlage im März 1920 eine Lehre, die durch das Scheitern des Hitler-Putsches in München 1923 noch bestätigt wurde: Nicht durch einen offenen Putsch, sondern durch Zermürbung der Demokratie von innen, durch Einschüchterung durch Mord, wie an Walther Rathenau und Matthias Erzberger, durch die gewaltsame Eroberung der Straße sowie durch Massenmobilisierung, deren Erfolge sich auch an der Wahlurne zeigten, versuchten sie an die Macht zu kommen. Joseph Goebbels verkündete die Strategie der Nationalsozialisten mit eben der bestürzenden Offenheit, mit der die Nationalsozialisten auch über ihre sonstigen Ziele keinen Zweifel aufkommen ließen. Vor der Reichstagswahl im Mai 1928 kündigte er im »Angriff« am 30. April 1928 an: »Wir gehen in den Reichstag hinein, um uns im Waffenarsenal der Demokratie mit deren eigenen Waffen zu versorgen. Wir werden Reichstagsabgeordnete, um die Weimarer Gesinnung mit ihrer eigenen Unterstützung lahmzulegen. Wenn die Demokratie so dumm ist, uns für diesen Bären dienst Freifahrkarten und Diäten zu geben, so ist das ihre eigene Sache. [...] Wir kommen nicht als Freunde, auch nicht als Neutrale. Wir kommen als Feinde! Wie der Wolf in die Schafherde einbricht, so kommen wir.« Die NSDAP erreichte übrigens bei der Wahl vom 20. Mai 1928 2,6 % der Stimmen – ein Ergebnis, dass sie im Zuge der Weltwirtschaftskrise in den nächsten Jahren deutlich ausbaute, was zur Basis der Machtübertragung an Hitler am 30. Januar 1933 wurde. Manches mag durchaus aktuell wirken, denkt man an das Aufkommen des Rechtsextremismus, das sich in individuellem Terror bis hin zu Mordanschlägen, in Hass-Kundgebungen bis hin zu Morddrohungen und in einem Zusammenspiel von Aktivisten und Aktivistinnen außerhalb und innerhalb der Parlamente bei der Verhöhnung der freiheitlichen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland zeigt.

Die konkreteste Lehre, die die Arbeiterbewegung aus den Ereignissen des März 1920 hätte ziehen können, wäre wohl gewesen, spätestens im

Frühjahr 1933 – wie beim Generalstreik gegen den Kapp-Lüttwitz-Putsch – vereint gegen die Aufrichtung der nationalsozialistischen Diktatur vorzugehen. Doch das war unter den inzwischen deutlich veränderten Handlungsbedingungen illusorisch. Die schleichende Aushöhlung der sozialen und politischen Errungenschaften von Revolution und Republik, die katastrophale Massenarbeitslosigkeit, die inzwischen verfestigte Spaltung der Arbeiterbewegung, dann die Schwächung der Gewerkschaften in den Jahren der politischen und wirtschaftlichen Krise und wohl auch die Resignation angesichts eines als übermächtig erscheinenden Gegners, dem die Massen zuströmten – all das trug dazu bei, dass die Arbeiterorganisationen insgesamt kampfflos kapitulierten. Im Frühjahr 1933 zeigte sich, dass die Hoffnungen auf eine demokratische und soziale Zukunft, die 1920 noch in allen Zweigen der Arbeiterbewegung mobilisierend wirkten, in der Weltwirtschaftskrise zerstoßen waren.

Fazit

Kapp-Lüttwitz-Putsch und Generalstreik beleuchten schlaglichtartig die Situation in den Anfangsjahren der Weimarer Republik. Noch war die Situation offen, noch herrschte eine Art von Gleichgewicht der Kräfte zwischen den die Republik tragenden und den republikfeindlichen Kräften. Doch die Gewichte verschoben sich direkt nach dem Ende des Generalstreiks: Die Gewerkschaften hatten sich zwar als stark genug erwiesen, dem Putsch zu begegnen, sie waren jedoch zu schwach, ihren nicht geschlossen vertretenen Machtanspruch in Politik umzusetzen. Dennoch schlug den Gewerkschaften in den folgenden Jahren vielfach der Vorwurf entgegen, sie strebten einen »Gewerkschaftsstaat« an, den sie mit den Betriebsräten, der Tarifpolitik, der Zahl der gewerkschaftlich organisierten Parlamentsabgeordneten und dem Streben nach Wirtschaftsdemokratie bald fest in der Hand hätten. Doch wie sah die Wirklichkeit aus? Die wirtschaftliche Machtfrage – konkret das Problem der Sozialisierung – wurde nicht noch einmal aufgerollt. Eine durchgreifende Demokratisierung von Wirtschaft, Verwaltung und Justiz blieb aus. Von einem nennenswerten Einfluss der Gewerkschaften auf die Politik konnte – sieht man von der Einrichtung der Arbeitslosenversicherung 1927 ab – nicht die Rede sein.

Der Generalstreik gegen den Kapp-Lüttwitz-Putsch schuf, so mutig und – auf kurze Sicht – er-

folgreich er auch war, nicht die Voraussetzungen dafür, den Bestand der sozialen Demokratie Weimarer Prägung auf Dauer zu sichern. Allerdings ist es wohl eine Überforderung der Gewerkschaften, wenn wir erwarten, sie hätten alleine – also ohne ein entsprechendes gesellschaftliches Umfeld – die Weimarer Demokratie retten können. Auch heute

gilt: Nur eine starke liberale und demokratische Zivilgesellschaft, in der alle – von den sozialen Bewegungen und Parteien über die Bildungseinrichtungen und Medien bis zu Polizei und Justiz – zusammenstehen, kann die Angriffe auf den Bestand der Ordnung des Grundgesetzes abwehren.



Zum Autor

Dr. Michael Schneider, geb. 1944, war bis 2009 Leiter des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung und ist Honorarprofessor am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn. Er hat zahlreiche Bücher und Aufsätze zur deutschen Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts geschrieben.

Vor gut 100 Jahren erschütterte der Kapp-Lüttwitz-Putsch die junge Weimarer Republik. Mit einem mehrtägigen Generalstreik retteten die Gewerkschaften die Demokratie. Was waren die Gründe, was die Folgen von Putsch und Generalstreik?

Dr. Michael Schneider, geb. 1944, war bis 2009 Leiter des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung und ist Honorarprofessor am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn. Er hat zahlreiche Bücher und Aufsätze zur deutschen Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts geschrieben.